Wofür die Werktätigen Steuern bezahlen

Der „sanierte“ Betrieb Villeroy & Boch

Bis 40 Prozent Lohnraub für die Belegschaft durchgeführt. Fabrikarbeiterverband und SPD-Betriebsrat in einer Front mit Unternehmer. Keramarbeiter, hinein in die Antifaschistische Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz)

Als im Jahre 1930 die Porzellan- und Steingutfabrik Villeroy u. Boch, Dresden-Neustadt, ihren gesamten Betrieb stillgelegt hatte, unter der Arbeiterschaft und besonders unter den ehemaligen Arbeitern ungeheure Empörung. Alle wußten, daß die Stillegung nur das Druckmittel war, um die Belegschaft zur Anerkennung eines 20- bis 25prozentigen Lohnraubs zu zwingen.

Villeroy u. Boch, eins der größten keramischen Unternehmen Deutschlands, hatten den Betrieb angeblich wegen „Unrentabilität“ geschlossen, obwohl **in den vorhergegangenen Jahren immer eine Dividende von 10 Prozent gezahlt** wurde und ungeheure Summen in die offenen Reserven abwanderten.

Die Firma wollte nicht mehr und nicht weniger, als von Staat und Stadt **Subventionen erpressen, um den heruntergewirtschafteten Betrieb wieder „leistungsfähig“ zu machen. Deshalb flogen 1400 Arbeiter und Angestellte auf die Straße.**

Mit Unterstützung des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Panno und der Gewerkschaftsbürokratie wurde die Firma mit einer Million saniert. Die Stadt Dresden und der sächsische Staat verpflichteten sich, für fünf Jahre die Zinsgarantie zu übernehmen.

Jetzt wurden neue Tunnelöfen gebaut und an Stelle der vorher im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten **Leute nicht einmal die Hälfte wieder eingestellt.** Um die durchgeführte „Sanierung“ auch bei den Arbeitern durchzuführen,

Jeder Arbeiter trägt an seiner Mütze das Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

wurde mit Zustimmung des Betriebsrats Panno und des Fabrikarbeiterverbandes der Lohn um 20 Prozent gekürzt.

Trotzdem stellten sich die Reformisten und besonders die Dresdner Volkszeitung ganz im Gegensatz zum Vorwärts, der die Subventionspolitik als einen Skandal bezeichnete — als „die Retter der Arbeiterschaft“ hin.

Wie sieht es nun heute in diesem „sanierten“ Betrieb aus? Von der früher 1400 Köpfe betragenden Belegschaft arbeiten etwa 700. Die Löhne sind ebenfalls „saniert.“ Sie betragen zum Beispiel für männliche Facharbeiter (also gelernte Leute) von 47 bis 74 Pfennig pro Stunde und im Akkord 80½ Pfennig.

Nur weibliche Facharbeiter werden gezahlt von 29 bis 44 Pf. Im Akkord 37½ bis 47½ Pfennig.

Hilfsarbeiter verdienen von 18½ bis 60½ Pfennig. Hilfsarbeiterinnen 14 bis 37½ Pfennig.

Bald die Hälfte der Belegschaft arbeitet im Akkord und an Hand der gezahlten Löhne kann man sich leicht ein Bild machen, unter welch elenden Lebensbedingungen die Arbeiter von Villeroy u. Boch schuften müssen.

Im Betrieb wurde mit Hilfe des SPD-Betriebsrats Panno Großreinemachen veranstaltet und fast alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen flogen auf die Straße. Einträchtig arbeiten nun Gewerkschaftsbürokratie, Betriebsrat und Werkleitung zusammen und sonnen sich im Glanze der erreichten und glücklich durchgeführten Sanierung.

Fast alle Aktien der Firma Villeroy u. Boch befinden sich in Händen einer schwerreichen Adelsfamilie. Bis vor kurzem war der jetzige **Reichskanzler Papen Mitglied des Aufsichtsrats** und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß er zu den Besitzern der Aktienmehrheit in verwandtschaftlichem Verhältnis steht.

Der Papenkurs wird also auch bei uns im Betriebe durchgeführt werden, wenn wir uns nicht aufraffen und geschlossen den Gegenangriff führen.

Kollegen von Villeroy u. Boch, wann werdet ihr euch auf eure Kraft besinnen? Die Herren Besitzer führen ein herrliches Leben auf Kosten der Steuergroschen der Werktätigen.

Schließt die rote Einheitsfront zum Kampfe gegen weitere Verschlechterung eurer Existenzbedingungen, gegen die Subventionsmacherei auf Kosten der werktätigen Steuerzahler. Kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger, Krieg und Faschismus.

Streik gegen Lohnraub

Leipziger Metallbetriebe antworten auf den Vorstoß der Scharfmacher

Die Absichten der Leipziger Metallindustriellen, die Löhne entsprechend dem Schiedsspruch vom 8. Mai um 5 bis 9 Pf. abzubauen, hat die Leipziger Metallarbeiter aufgerüttelt. Sofort nach Bekanntwerden dieses Anschlags nahm eine Anzahl Betriebe in Belegschaftsversammlungen Stellung und beschloß Kampfmaßnahmen.

Am Sonnabend früh, vor Arbeitsbeginn **beschloß die Belegschaft der Eisengießerei Jahn gegen 4 Stimmen den Streik,** falls die Unternehmer ihre Absicht wahrmachen sollten.

In einer **Belegschaftsversammlung der AEG** am Freitagabend wurde gefordert, das **Unternehmerdiktat abzulehnen und mit Streik zu beantworten. Der DMV-Vertreter Schramm erklärte, daß kein Geld zum Streiken da sei.** Alte DMV-Mitglieder traten Schramm entgegen und forderten, daß der DMV den Willen der Mitglieder respektiere. Nach ausführlicher Diskussion wurde das **Unternehmerdiktat abgelehnt und Kampfmaßnahmen beschlossen.**

Diese Beschlüsse der Leipziger Metallarbeiter sind ein **Beispiel der Kampfentschlossenheit. So müssen alle Arbeiter in geschlossener Einheitsfront auf jeden Unternehmerangriff antworten und den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub aufnehmen.**

Seidel & Naumann fordert 10-15 Pfennig Lohnabbau für Holzarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz 724)

Das vom Verband der Metallindustriellen gekündigte Lohnabkommen läuft Ende Juni ab. Von neuem sollen die Metallarbeiter bluten. Bei **Seidel & Naumann,** Dresden, wurde dieser Tage ein Anschlag ausgehängt, der auf den Ablauf des Lohnabkommens hinweist und **den im Betrieb beschäftigten Holzarbeitern anbietet, ab 1. Juli für Metallarbeiterlohn zu arbeiten.** Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß **im Falle der Ablehnung die Kündigung ausgesprochen wird.**

Ein neuer Lohnraub von 10 bis 15 Pfennig pro Stunde soll an den Holzarbeitern durchgeführt werden. „Wer sich nicht fügt, der fliegt“ ist auch hier die Parole, mit der die Metallindustriellen die Arbeiter einschüchtern wollen. **Weder der DMV noch der Holzarbeiterverband haben bis heute etwas unternommen, um diesen frechen Anschlag abzuwehren.**

Metallarbeiter, erklärt euch mit den Holzarbeitern solidarisch und folgt dem Beispiel eurer Leipziger Kollegen, die neuen Lohnraub mit Streik beantworten werden.

Faschistische Wirtschaftspolitik des Warmbold-Trusts

Für die „verantwortungsbewußte“ und „nationale“ Wirtschaftspolitik der Industriekapitäne, besonders der IG Farben, deren Vertreter Warmbold in der Papenregierung sitzt, geben folgende Zahlen eine treffliche Illustration:

20prozentiger **Leunasalpeter** kostet in Holland 13,09 Mark, in Deutschland 21,45 Mark je Doppelzentner.

20prozentiger Ammoniak deutscher Herkunft kostet in Holland 13,09, in Deutschland 18,75 je Doppelzentner.

16prozentiger Superphosphat deutscher Herkunft kostet in Holland 2,72, in Deutschland 4,77 Mark.

So wird durch die faschistischen Industriekapitäne der Papenregierung dem Bauer die Produktion und dem Arbeiter damit das Brot verteuert. Gleichzeitig hat diese Dumpingpolitik des Papenministers und seines Trusts wesentlich zu dem starken Rückgang des Kunstdüngerverbrauchs und damit auch zur Arbeitsentlassung tausender Arbeiter beigetragen. Nimmt man die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, dann ergibt sich folgender

Rückgang des Düngemittelverbrauches:

Stickstoff 400 000, Phosphorsäure 750 000, Kali 1 550 000, Kalk 2 900 000 Doppelzentner. Gegenüber 1930 sank der **Absatz** von Stickstoff um 30, Phosphor 35, Kali 26 und kohlensauer Kalk 32 Prozent.

So wollen es die Nazis!

12 Stunden arbeiten für 50 Pf. und Verköstigung

In **Schlotheim i. Th.** streiken auf dem Rittergut die Landarbeiterinnen. Es werden dort schlesische Arbeiterinnen beschäftigt, die die Arbeit niederlegten, weil ein Lohnabbau vorgenommen wurde. Sie wurden von den Behörden wieder nach Schlesien zurückgeschickt. Der Terror der Raujunker ist nämlich dort unbeschreiblich. Als Antreiber sind auf dem Gut Nationalsozialisten. Der Inspektor erklärte: **„Wenn Hitler an die Macht kommt, dann werden nicht 10, sondern 12 Stunden für 50 Pf. und das Essen gearbeitet.** Mit den Kommunisten wird aufgeräumt!“ **Hinein in die Antifaschistische Aktion!** — muß die Parole der Landarbeiter sein.

Radikale Phrasen, weiter nichts

(Arbeiterkorrespondenz 718)

Am Donnerstag, dem 23. Juni fand im Dresdner Volkshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes statt. Der Angestellte Hänel erging sich in radikalen Tönen gegen die neue Notverordnung der Regierung von Papen. Einleitend bemerkte er, daß die Arbeiter unter der **Regierung Brüning noch viel zu ertragen hatten** und diese deshalb von den Gewerkschaften toleriert wurde. Die neue Notverordnung brächte einem verschärften Abbau der Renten und Erwerbslosenunterstützungen. Die Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts stände bevor. Der neuen Regierung müßte der schärfste Kampf angesagt werden. Das war der Ausklang seiner Rede, die **keine Vorschläge für die Organisierung des Kampfes gegen die Regierung Papen brachte.**

Eine vorgelegte Entschließung vertröstete zum Schluße auf die Reichstagswahl. Die Empörung der versammelten Kollegen über die neue Notverordnung war groß, und es fehlte nur noch die zielklare Opposition, die den Kollegen den richtigen Ausweg aus den jetzigen kapitalistischen Zuständen zeigt. Diese Opposition gilt es jetzt mit aller Zähigkeit und Ausdauer zu schaffen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wichtige Verbandsangelegenheiten“ ging die Bürokratie einfach hinweg. Anscheinend fürchtete man die Kritik der Mitgliedschaft, über die letzten Vorgänge im Verband, und vermied es, auch nur mit einem Worte über die Verschiebung des Verbandstages und die letzte Beiratssitzung zu berichten. **Auch diese Versammlung ist wieder eine Mahnung, alle Kräfte zusammenzufassen, zur Organisierung einer einheitlichen Oppositionsbewegung. Gesamtverbändler, erscheint alle am Mittwoch im Keglerheim zur Versammlung der Opposition und hört, was dieselbe euch zu sagen hat.**

Genosse Kurt Sindermann, MdL,

spricht in einer Betriebsversammlung des Eltwerkes über: „Lohnabbau, Massensteuern und faschistische Unterdrückung — Wo ist der Ausweg?“

Mittwoch, den 29. Juni, 16 Uhr

im Restaurant Geißler, Palmstraße. Eltwerk-Arbeiter, erscheint restlos!

Zwangsarbeit auf Rittergütern

Das Arbeitsamt **Camburg** i. Th. und die Wohlfahrtsämter vermitteln in wählerischer Weise **unter Androhung des Entzugs der Unterstützung** die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf Rittergüter. Dort erhalten sie 16 Pfennig Stundenlohn und Deputat im Werte von 3 Pfennig pro Stunde. Somit beträgt der **Wochenlohn bei 54stündiger Arbeitszeit 7—8 Mark.** Damit nun den Gutsherren die billigen Arbeitskräfte erhalten bleiben, zahlt die Kreiskasse von den Steuergroschen der Werktätigen den ausgebeuteten Erwerbslosen einen Zuschuß in Höhe von 3—4 Mark die Woche. Die Arbeiter im Landkreis Camburg rüsten aber zur Antifaschistischen Aktion. Am 12. Juni fand eine Versammlung statt, wo ein Kampfausschuß gewählt wurde.

Oppositionsliste im ZdA, Düsseldorf

Ein Beispiel für alle oppositionellen Angestellten. Verstärkt die innergewerkschaftliche Arbeit zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion!

Viele Jahre lang haben die sozialdemokratischen Führer des Zentralverbandes der Angestellten jede Opposition mit den brutalsten Mitteln unterdrückt und Tausende von oppositionellen Angestellten ausgeschlossen. Doch der Bankrott der reformistischen Politik, die Notverordnungen Brünings und Papens, haben immer mehr Angestellte aufgerüttelt, und die Opposition marschiert. Jetzt ist es im ZdA in Düsseldorf trotz allem Terror gelungen, eine Liste zur Vertreterwahl mit 124 Kandidaten und 134 Unterschriften aufzustellen. Gleichzeitig hat die Opposition ein Kampfprogramm aufgestellt.

Dieser Vorstoß der Opposition im ZdA Düsseldorf ist beispielgebend für alle oppositionellen Angestellten! Jetzt müssen sich alle Angestellten, die gegen die Notverordnungsdiktatur kämpfen wollen, zusammenschließen. Entlarvt vor allem die Nazifühler vor den Angestellten! Die von Hitler gestützte Papenregierung ist es, die den Angestellten nicht nur einen neuen Gehaltsabzug diktiert, ihnen die Arbeitslosenunterstützung ungeheuer verschlechtert, sondern auch noch die Leistungen der Angestelltenversicherung kürzte.

Angestellte, hinein in Massen in die Kampfreihen der Antifaschistischen Aktion!

Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen!

Neuer verschärfter Abbau der Löhne, Unterstützungen und Renten kennzeichnet den Weg der Papen-Schleicher-Regierung. Die oppositionellen Gewerkschafter Dresdens rufen euch erneut zu einer Versammlung . .

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, im Keglerheim

Kollege Stadtverordneter Hans Neuhof, Mitglied des DMV, spricht über: „Tarifverträge und Sozialversicherung. Was muß die Arbeiterschaft zur Abwehr der geplanten Anschläge tun?“

Erscheint in Massen! Bringt eure Kollegen mit!

Die Kommission der oppositionellen Gewerkschafter Dresdens.